

NomosStudienbuch

Dr. Jan-Dirk Rausch

**Landesrecht
Baden-Württemberg
Studienbuch**



Nomos

Inhalt

Vorwort und Benutzungshinweise	5
§ 1 Baurecht	15
I. Einführung	15
II. Bauordnungsrecht und Bauplanungsrecht	16
1. Verfassungsrechtlicher Hintergrund	16
2. Verknüpfung von Bauordnungsrecht und Bauplanungsrecht in Klausuren	18
III. Die zuständigen Behörden	19
1. Die Zuständigkeit der unteren Baurechtsbehörde	19
2. Weisungsrecht und Selbsteintrittsrecht der Fachaufsichtsbehörde ..	20
3. Zuständigkeiten der Gemeinden als Selbstverwaltungskörper- schaft	21
a) Der Erlass von örtlichen Bauvorschriften	21
b) Der Erlass von Satzungen nach dem BauGB	22
IV. Die Ermächtigungsgrundlagen der LBO	22
1. Allgemeines zum bauordnungsrechtlichen Verfahrensrecht	22
2. Die Baugenehmigung	24
a) Genehmigungspflichtiges Vorhaben	24
b) von der Baurechtsbehörde zu prüfende Vorschriften	26
c) Anspruch	28
d) Nebenbestimmungen zur Baugenehmigung	28
e) Vereinfachtes Baugenehmigungsverfahren (§ 52 LBO)	29
f) Kennmisgabeverfahren	30
3. Der Bauvorbescheid	31
a) Keine Ermessensentscheidung	31
b) Einzelne Fragen des Vorhabens	31
c) Rechtliche Wirkung des Vorbescheides	32
4. Die Teilbaugenehmigung	33
5. Die Abbruchanordnung	34
a) Anlage	34
b) „In Widerspruch zu öffentlich-rechtlichen Vorschriften errich- tet“ und „nicht auf andere Weise rechtmäßige Zustände herge- stellt werden können“	34
c) Ermessen	36
6. Nutzungsuntersagung und Einstellung von Arbeiten	38
a) Nutzungsuntersagung	38
b) Einstellung von Arbeiten	40
7. Die bauordnungsrechtliche Generalklausel (§ 47 Abs. 1 LBO)	40
8. Weitere bauordnungsrechtliche Ermächtigungsgrundlagen	41

9. Die bauordnungsrechtliche und die bauplanungsrechtliche Befreiung	42
a) Allgemeines	42
b) Die Befreiung gemäß § 31 Abs. 2 BauGB	42
c) Die bauordnungsrechtliche Befreiung nach § 56 Abs. 5 LBO ...	44
V. Die bauplanungsrechtliche Zulässigkeit von Vorhaben	45
1. Die bauplanungsrechtliche Zulässigkeit eines Vorhabens und die Verknüpfung mit den Ermächtigungsgrundlagen der LBO	45
2. Die Prüfung der Anwendbarkeit der §§ 30 ff. BauGB (§ 29 BauGB)	46
3. Vorhaben im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes (§ 30 BauGB)	47
a) Qualifizierter und einfacher Bebauungsplan	47
b) Die bauplanungsrechtliche Zulässigkeit im Geltungsbereich eines Bebauungsplans	48
4. Die Zulässigkeit von Vorhaben im unbeplanten Innenbereich (§ 34 BauGB)	51
a) Die Voraussetzungen des Einfügens in § 34 Abs. 1 BauGB	52
b) § 34 Abs. 2 BauGB und der Verweis auf die BauNVO	52
c) Abweichungen nach § 34 Abs. 3a BauGB und Satzungsermächtigung nach § 34 Abs. 4 BauGB	53
5. Die Zulässigkeit von Vorhaben im Außenbereich (§ 35 BauGB) ...	53
a) Der Außenbereich als freizuhaltende Fläche und die Systematik der Norm	53
b) Privilegierte Vorhaben (§ 35 Abs. 1 BauGB)	54
c) „Entgegenstehen“ und „Beeinträchtigen“	57
d) Die „teilprivilegierten“ Vorhaben in § 35 Abs. 4 BauGB	58
6. Das kommunale Einvernehmen nach § 36 BauGB	59
a) Funktion und Anwendbarkeit der Norm	59
b) Folgen der Verweigerung des Einvernehmens	60
VI. Die Überprüfung der Rechtmäßigkeit von Bebauungsplänen	62
1. Vorüberlegungen	62
2. Die Überprüfung von Gesetzesverstößen im Einzelnen	63
a) Planaufstellungsbeschluss	64
b) Öffentlichkeitsbeteiligung, § 3 Abs. 1 BauGB	65
c) Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (§ 4 BauGB)	65
d) Billigungs- und Auslegungsbeschluss	65
e) Auslegung des Planentwurfs (§ 3 Abs. 2 BauGB)	66
f) Satzungsbeschluss (§ 10 Abs. 1 BauGB)	66
g) Inkrafttreten mit Bekanntmachung (§ 10 Abs. 3 BauGB)	67
h) Inhaltliche Fehler im Bebauungsplan	68
VII. Weitere planungsrechtliche Instrumente	73
1. Der Flächennutzungsplan	73
2. Veränderungssperre und Rückstellung	74

3. Abrundungssatzungen	75
4. Erhaltungssatzung	75
5. Örtliche Bauvorschriften	76
VIII. Ausgewählte Regelungen des materiellen Bauordnungsrechts	76
1. Abstandsvorschriften (§ 5 ff. LBO)	76
2. Brandschutz (§ 15 LBO)	77
3. Stellplätze (§ 37 LBO)	77
4. Verunstaltungsverbote (§ 11 LBO)	78
IX. Baurechtlicher Bestandsschutz	79
1. Schutz vorhandener baulicher Anlagen	80
a) Wirkung und mögliche Erledigung einer Baugenehmigung	80
b) Unverhältnismäßigkeit von Abbrucharordnungen	81
2. Wiederrichtung, Neuerrichtung und Erweiterung von baulichen Anlagen	81
a) Grundsätzliches	81
b) Bestandsschutz nach § 34 Abs. 3a und § 35 Abs. 4 BauGB	82
X. Baurechtlicher Nachbarschutz	84
1. Allgemeines	84
2. Drittschützende Vorschriften des Bauordnungsrechts	86
3. Drittschützende Vorschriften des Bauplanungsrechts	87
a) „Bodenrechtliche Schicksalsgemeinschaft“ und Gebot der Rücksichtnahme	87
b) Die Vorschriften des Gebots der Rücksichtnahme im Einzelnen	89
4. Rechtsschutz von Nachbargemeinden	91
XI. Prozessuales	92
1. Anfechtungs- und Verpflichtungsklagen	92
2. Vorläufiger Rechtsschutz im Baurecht	93
3. Normenkontrollverfahren	93
XII. Fragen zur Lernkontrolle	94
XIII. Fälle	96
§ 2 Kommunalrecht	100
I. Einführung	100
II. Inhalt und Reichweite der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie	101
1. Der Inhalt der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie im Einzelnen	102
a) „Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft“	102
b) Die „Hoheiten“ der Gemeinde	105
2. Selbstverwaltungs- und übertragene Aufgaben in der kommunalen Verwaltung	108
a) Selbstverwaltungsaufgaben	108
b) Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	110

3. Gemeinden, Große Kreisstädte, Stadtkreise, Landkreise, Regierungsbezirke	114
III. Organe der Gemeinde und ihr Handeln	116
1. Der Gemeinderat	117
2. Der Bürgermeister	119
3. Fraktionen	121
4. Ausschüsse	123
5. Verfahren im Gemeinderat	124
a) Einberufung	125
b) Öffentlichkeit der Sitzung	128
c) Ablauf der Gemeinderatssitzung	130
6. Kommunalverfassungsrechtliche Konfliktpotentiale	138
a) Problemstellung	138
b) Beispiele	139
IV. Kommunalaufsicht	141
1. Rechtsaufsicht und Fachaufsicht	141
2. Zuständigkeiten bei der Rechtsaufsicht	145
3. Instrumente der Rechtsaufsicht	146
4. Sonderfall Ersetzung des Einvernehmens nach § 36 BauGB	149
5. Fachaufsicht	149
V. Öffentliche Einrichtungen	150
1. Begriff	151
2. Widmung und Rechtsform einer öffentlichen Einrichtung	151
3. Der Anspruch auf Benutzung einer öffentlichen Einrichtung	155
4. Die Zulassung zur öffentlichen Einrichtung als Ermessensentscheidung	157
VI. Weitere Fragestellungen des materiellen Kommunalrechts	158
1. Wirtschaftliche Tätigkeit der Gemeinden	158
2. Grundsatz der Haushaltssparsamkeit	159
3. Kommunales Amtsblatt	160
4. Bürgerbegehren und Bürgerentscheid	161
5. Ortschaftsräte und Bezirksbeiräte	162
VII. Besonderheiten bei den Landkreisen	163
1. Veränderte Vorgaben des Art. 28 Abs. 2 GG für die Landkreise	163
2. Organe und organisationsrechtliche Regelungen	164
3. Übertragung von Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft auf die Landkreise?	165
VIII. Prozessuales	165
1. Klage auf Zulassung zu öffentlichen Einrichtungen	165
2. Kommunalverfassungsstreitigkeiten	166
3. Rechtsschutz gegen Aufsichtsmaßnahmen	169
4. Kommunalverfassungsbeschwerde	170
IX. Fragen zur Lernkontrolle	170
X. Fälle	172

§ 3 Polizeirecht	179
I. Einführung	179
II. Präventive und repressive Tätigkeit der Polizei	181
III. Die polizeirechtlichen Ermächtigungsgrundlagen	182
1. Die gemeinsame Struktur aller Ermächtigungsgrundlagen	185
a) „Gefahr“ als Voraussetzung polizeilichen Einschreitens	185
b) Die Polizeipflichtigen bei Einzelmaßnahmen (§§ 6, 7, 9 PolG) .	190
c) Ermessensentscheidung	193
d) Verhältnismäßigkeit	194
2. Die Suche nach der richtigen Ermächtigungsgrundlage im Polizei-	
recht	195
a) Erster Schritt: Wer hat gehandelt? (Wer soll handeln)?	196
b) Zweiter Schritt: Vorrangige Spezialgesetze	197
c) Dritter Schritt: Polizeiliche Standardmaßnahmen	198
d) Die Anwendbarkeit der polizeilichen Generalklausel	199
IV. Zuständigkeiten im Polizeirecht	199
1. Zuständigkeit der Polizeibehörde	200
2. Zuständigkeiten des Polizeivollzugsdienstes	201
3. § 2 Abs. 2 PolG als zusätzliche Zuständigkeitsnorm	202
4. Zuständigkeits-Besonderheiten in der Verwaltungsvollstreckung ..	204
5. Kommunale Vollzugsbedienstete, Amtshilfe und Vollzugshilfe	204
a) Gemeindliche Vollzugsbedienstete	204
b) Amtshilfe und Vollzugshilfe	205
V. Die wichtigsten polizeilichen Standardmaßnahmen	207
1. Identitätsfeststellung (§ 26 PolG)	208
2. Die Ermächtigungsgrundlagen des § 27a PolG	210
3. Gewarhaftung (§ 28 PolG)	212
4. Durchsuchung von Personen und Sachen	215
5. Betreten und Durchsuchung von Wohnungen	216
6. Sicherstellung und Beschlagnahme	218
7. Erkennungsdienstliche Maßnahmen	220
8. Überblick über die polizeiliche Datenerhebung	221
a) Grundrechtsrelevanz	221
b) Allgemeine Regeln der Datenerhebung	223
VI. Die polizeiliche Generalklausel	223
VII. Der Anspruch auf polizeiliches Einschreiten	225
VIII. Polizeiliche Realakte	227
1. Unmittelbare Ausführung versus Verwaltungsvollstreckung	228
a) Abgrenzung zwischen unmittelbarer Ausführung und Verwal-	
tungsvollstreckung	228
b) Die Voraussetzungen der unmittelbaren Ausführung	
insgesamt	229
c) Der Tatbestand des § 8 Abs. 1 PolG	230
2. Speziell: Abschleppfälle als unmittelbare Ausführung	232

IX. Die Polizeiverordnung	234
1. Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen einer Polizeiverordnung	234
2. Örtliche Alkoholkonsumverbote gemäß § 10a PolG	237
X. Ausgewählte Probleme des materiellen Polizeirechts	239
1. Unterbringung von Obdachlosen	239
2. Gefährderansprache	239
3. Der Einsatz von Bodycams	240
4. Die Polizeipflicht von Hoheitsträgern	241
5. Die Rechtsnachfolge im Polizeirecht	242
XI. Polizeikosten	244
1. Kostenersatz bei der unmittelbaren Ausführung (§ 8 Abs. 2 PolG)	245
2. Kostenbescheide bei der Ersatzvornahme (§§ 25, 31 LVwVG) und beim unmittelbaren Zwang durch Verwaltungsbehörde und Polizei (§§ 26, 31 LVwVG sowie § 52 Abs. 4 PolG iVm § 31 LVwVG)	246
3. Gebührenbescheide gemäß §§ 3, 4 LGebG	247
XII. Entschädigung und Schadensersatz bei polizeilichen Maßnahmen	248
1. Entschädigungsansprüche aus § 55 PolG	248
2. Amtshaftung (§ 839 BGB/Art. 34 GG)	249
3. Anspruch aus enteignungsgleichem Eingriff	250
XIII. Exkurs: Versammlungsrecht	251
1. Das Versammlungsgrundrecht (Art. 8 Abs. 1 GG)	252
2. Die Anwendbarkeit der Ermächtigungsgrundlagen des VersG und PolG auf versammlungsrechtlich relevante Sachverhalte	253
3. Der Begriff der öffentlichen Ordnung im Versammlungsrecht	254
XIV. Prozessuales	256
1. Rechtsschutz bei erledigten polizeilichen Maßnahmen	256
2. Anspruch auf polizeiliches Einschreiten	260
3. Inhaltskontrolle von Polizeiverordnungen	261
XV. Fragen zur Lernkontrolle	262
XVI. Fälle	263
§ 4 Verwaltungsvollstreckungsrecht	271
I. Einführung	271
II. Zeitliche Abfolge der Verwaltungsvollstreckung	273
1. Grund-Verwaltungsakt	273
2. Androhung	275
3. Vollstreckungshandlung	276
a) Zwangsgeld	277
b) Ersatzvornahme	277
c) Unmittelbarer Zwang	278
III. Die Rechtmäßigkeitsprüfung von Vollstreckungsmaßnahmen	279
1. Bezeichnung der Ermächtigungsgrundlage	280
2. Formelle Rechtmäßigkeitsprüfung	280

3. Materielle Rechtmäßigkeitsprüfung	282
a) Allgemeine Verwaltungsvollstreckungsvoraussetzungen	282
b) Besondere Verwaltungsvollstreckungsvoraussetzungen	284
IV. Prozessuales	285
V. Fragen zur Lernkontrolle	286
VI. Fälle	287
§ 5 Landesverfassungsrecht	290
I. Einführung	290
II. Die Landesverfassung als nachkonstitutionelles Recht	292
1. Die demokratiedefizitäre Gründung und Aufrechterhaltung des Landes Baden-Württemberg	292
2. Die Verknüpfungsnormen Art. 2 Abs. 1, Art. 23 und Art. 25 LV ...	295
III. Verfahren vor dem VerfGH	297
1. Das Verhältnis zu den verfassungsrechtlichen Rechtsbehelfen des Bundesrechts	297
2. Die Verfahren vor dem VerfGH im Einzelnen	298
3. Insbesondere: Die Landesverfassungsbeschwerde	300
a) Überblick über die Voraussetzungen der Verfassungsbe- schwerde	300
b) Die Zulässigkeitsvoraussetzungen im Einzelnen	301
IV. Fragen zur Lernkontrolle	306
Stichwortverzeichnis	307